

Stadtratsgruppe Linke Liste Nürnberg
90459 Nürnberg, Humboldtstraße 104

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

Schul A

OBERBÜRGERMEISTER		
27. SEP. 2010		
/.....Nr.....		
3. BM	1 Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
	2	4 Antwort vor Ab- sendung vorlegen
	✓ w.V.	5 Antwort zur Unter- schrift vorlegen

Mu

Humboldtstr. 104
90459 Nürnberg
Tel. 0911 2876013
Fax 0911 2876016
www.linke-liste-nuernberg.de

Nürnberg, den 24. September 2010

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Ich bitte um die Weiterleitung an den Schulausschusses meines folgenden

Antrages:

Bei Besuchen von Jungoffizieren an Nürnberger Schulen wird zukünftig ein/e Vertreter/in der Friedensbewegung eingeladen, um die freie Meinungsbildung von Schülerinnen und Schüler zu fördern.

Begründung:

Der Besuch von Jugendoffizieren ist seit Jahrzehnte umstritten. Es gibt Befürworter und Gegner von dieser Art der politischen Bildung. Bei dem Beschluss des Schulausschlusses wurde ein in Kenntniss Setzen des Schulforums bzw. des Berufsschulbeirates beschlossen.

Bei diesen Besuchen handelt es sich nicht um wertfreie bildungspolitische Information, sondern Einflussnahme auf die Weltanschauung der Schüler/innen. Die Jugendoffiziere haben die Aufgabe, für Akzeptanz und Befürwortung der Bundeswehr zu werben. Dies beinhaltet auch die Vorbereitung, Bereitschaft und Durchführung von Kriegen. Damit findet Werbung und Beeinflussung statt, zu der auch die Gesellschaft unterschiedlich steht.

Ein Thema u.a. ist die „Berufs- und Studieninformation“. Den SchülerInnen wird vermittelt, dass die Bundeswehr ein gewöhnlicher Arbeitgeber sei. Eine Einrichtung zur Durchführung von Kriegen kann und darf aber kein normaler Arbeitgeber sein. Durch die Abschaffung der Wehrpflicht und Schaffung einer Berufsarmee wird dieser Werbeeffect noch verstärkt. Dabei wird einseitig für Berufsperspektiven geworben, aber sicherlich nicht auf die Sterbegefahr hingewiesen.

Ein anderes Thema der Offiziere ist: „Auslandseinsätze der Bundeswehr“. Die BW muss diese Einsätze natürlich rechtfertigen. Wie Umfragen belegen, ist aber die Mehrheit in Deutschland gegen Auslandseinsätze. Also entspricht diese Unterrichtsstunde eben nicht

den Interessen der SchülerInnen, wie es die Stellungnahme der Verwaltung benennt. Bei Eltern, SchülerInnen und Lehrerschaft besteht kein "Grundkonsens" in dieser Frage.

Das Rechtsamt spricht von einem integrierten Teil der politischen Bildungsarbeit. Da das Bay. Erziehungsgesetz die Erziehung zu kritikfähigen Menschen vorsieht, würde dies wiederum erfordern, dass die SchülerInnen auch eine andere Sichtweise von Friedenspolitik kennen lernen dürfen. Das Mindeste wäre daher, zu so einer Stunde ein/e Vertreter/in der Friedensbewegung einzuladen, um eine Für und Wieder-Diskussion zu ermöglichen. Referent/en/innen können bei dem Nürnberger Friedensforum angefragt werden.

Es gibt Beispiele von Schulen anderer Bundesländer, die der BW gänzlich den Zutritt an ihrer Schule versagt haben. Für Bayern wäre es dann angemessen, wenigstens einen weiteren Referenten einzuladen und das Schulforum einzubeziehen.



Marion Padua
Stadträtin der Linken Liste